



Der Unmut wächst bundesweit!

Die Vielzahl von Verschlechterungen, welche die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern unter dem Decknamen „Reformen“ allen Bevölkerungsgruppen zumuten, werden nicht mehr akzeptiert. Durch diese Einsparungen und Umverteilungen findet ein massiver Raubbau sozialer Standards statt. Man hat das Gefühl als sollte eine neue Gesellschaftsordnung geschaffen werden. Da diese Sparorgien auch nicht am öffentlichen Dienst vorbeigehen, sondern massiv in schon vor Jahren erkämpfte Standards eingegriffen wird, wehren wir uns und gehen auf die Straßen Deutschlands, um unseren Protest öffentlich zu machen.

Bochum

An die 8000 Polizisten, Feuerwehrleute und Soldaten haben

te einen Bus mit Demonstranten zu dieser Groß-Demo gesandt. Auch diesmal unterstützten die Senioren durch zahlreiche Teilnahme unsere Proteste.



Die Saarländische GdP an der Spitze des Bochumer Demozuges

zum Auftakt des SPD-Bundesparteitags am **17. November in Bochum** gegen den Sparkurs bei Bund und Ländern demonstriert. Auch die saarländische GdP hat-

Einen akustischen Spießbrutenlauf hatten die Delegierten der SPD auf den letzten Metern ihres Weges in das Bochumer Kongreßzentrum zu überstehen.



DGB-Chef Michael Sommer am Rednerpult.

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) ging den Demonstranten aus dem Weg, indem er die Halle durch einen Seiteneingang betrat.

„Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben die Nase voll von immer neuen Sparopfern“, rief GdP -Bundesvorsitzender Konrad Freiberg den Demonstranten zu. Bernhard Gertz, Vorsitzender des Bundeswehrverbandes sagte: „Die Uniformträger im öffentlichen Dienst verlangen volle soziale Gerechtigkeit für ihren vollen Einsatz!“

Verteidigungsminister Peter

nicht gewählt worden“, sagte er wörtlich.

Anschließend sprach auch der DGB-Bundesvorsitzende Michael Sommer zu den Demonstranten.

Leipzig

Aber auch die Opposition sollte die Unzufriedenheit des öffentlichen Dienstes zu spüren bekommen, denn für den CDU-Bundesparteitag am **1. Dezember in Leipzig** kündigten die Veranstalter ebenfalls eine Großdemo an.



GdP-Mitglieder demonstrieren in Saarbrücken

Struck (SPD) sprach als einziger Spitzenpolitiker mit den Demonstranten. Er zeigte Verständnis für die Proteste: „Im Bereich der Bundeswehr sind viele Soldaten und Zivilbeschäftigte nicht auf Rosen gebettet.“

Ver.di Bundesvorsitzender Frank Bsirske nannte die Politik der Bundesregierung sozial einseitig. „Für diese Politik ist sie

Wiesbaden

Am **18. November** sorgten saarländische GdP-Teilnehmer bei der Großdemo in **Wiesbaden** in Uniform für „grüne Akzente“. Grund dafür, dass unter den 45000 Teilnehmern, die gegen das milliardenschwere Sparpaket des hessischen Ministerpräsidenten

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Roland Koch (CDU) demonstrieren, nur wenige Uniformen zu sehen waren, war ein Erlass des hessischen Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela, der seinen Beamten das Tragen der Uniform

bei Demonstrationen verboten hatte. Unterstützung erhielt Nedela auch durch das Verwaltungsgericht Wiesbaden, das den Antrag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) gegen den betreffen-



Abschlusskundgebung auf dem Ludwigsplatz.



Die Rednerbühne bei der Abschlusskundgebung in Saarbrücken.

Arbeitnehmerschaft des Saarlandes seine Stimme erheben – und mehr als 4000 taten dies auch! Da auch die GdP gegen den Abbau von Arbeitnehmerrechten ist unterstützten wir durch unsere Teilnahme die Demonstration. Bei der Abschlusskundgebung forderte Saar-DGB-Chef Eugen Roth den Ministerpräsidenten Peter Müller auf, bei diesem Thema nicht nur zurückzurudern (wie es

CDU-Fraktionsvorsitzender Peter Hans bezeichnet hatte) sondern am Besten dieses Boot komplett zu versenken.

Zum Abschluss der Kundgebung wurde ein entsprechender Forderungskatalog in der Staatskanzlei übergeben und ein gleichlautender per Einschreiben an Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) gesandt.


den Erlass abgelehnt hatte.

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Februar-Ausgabe unseres Landesteils ist der 6. Januar 2004

Saarbrücken

„Das Saarland erhebt seine Stimme“, lautete das Motto der **DGB-Großdemo am 3. Dezember in Saarbrücken**. Mit dem am 8. September 2003 von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in den Bundestag eingebrachten Gesetzesentwurf „zur Modernisierung des Arbeitsrechts (ArbModG)“ sollen die bewährte Tarifautonomie abgeschafft und die Gewerkschaften entscheidend geschwächt werden. Der Ministerpräsident des Saarlandes, Peter Müller (CDU), hatte sich öffentlich hinter die Forderung seiner Bundestagsfraktion gestellt (siehe „SZ“ vom 27. Oktober 2003), obwohl sich gerade im Saarland (Montan-) Mitbestimmung und Tarifautonomie als Standortvorteile in einem schwierigen Strukturwandlungsprozess herausgestellt haben. Union und FDP wollen im Rahmen anderer zustimmungspflichtiger Gesetze das Vorziehen der Steuerreform nur im Paket mit den vorgenannten gravierenden Einschnitten bei Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten beschließen. Hiergegen muss die



Deutsche Polizei

Ausgabe:
Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 81 14 98
Telefax (06 81) 81 52 31
Homepage: www.gdp-saar.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Johann Karl Wannenmacher (V.i.S.d.P.)
Polizeihauptpersonalrat beim MfES
Scheider Str. 110
66 123 Saarbrücken
Telefon (0681) 9 62 - 1513
E-Mail: gdp Saar@gmx.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-2 22
Anzeigenleiter: Michael Schwarz
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 28 vom 01. 01. 2002

Herstellung:
L.N. Schaffrath GbH & Co. KG
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 1452, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489

Anzeige

GdP Reiseservice informiert

Jetzt Aktiv- oder Wellness-Paket inklusive

TUI Aktiv Specials

Fit und erholt in das neue Jahr.

<p>Tunesien (Tunisien) Hotel Rio Palace Oudina Hammamet Lagen Suite für 2 Personen, Halbpension ausgewählte Abflüge 02.01.-27.02.04 1 Woche pro Person Wohnungsgewinn bis Person € 200 Inklusiv Wellness-Paket HP 34800, DEU 112, FR 146, PA 212</p> <p>Costa del Sol (Küste von Gibraltor) Alhambra Golf Hotel Doppelzimmer, Halbpension ausgewählte Abflüge 01.01.-06.02.04 1 Woche pro Person Wohnungsgewinn bis Person € 270 Inklusiv 2x Greenfee pro Woche ASP 39000, DEU 112, FR 146, PA 212</p> <p>Fuerteventura (Punta de Espinosa) Aparthotel Espinosa Studio für 2 Personen, Halbpension ausgewählte Abflüge 01.01.-22.02.04 1 Woche pro Person Wohnungsgewinn bis Person € 200 Inklusiv Segelbootspaziergang (ab 1 Person) HP 14800, DEU 112, FR 146, PA 212</p> <p>Gran Canaria (Punta de Inglés) Riu Sparrows günstig Programm, Halbpension ausgewählte Abflüge 01.01.-02.02.04 1 Woche pro Person Wohnungsgewinn bis Person € 200 Inklusiv 1x Golf-Paket (auf Greenfee, Standard-Raketen und Golf-Club) HP 20200, DEU 112, FR 146, PA 212 Weitere Informationen unter www.tui.de</p>	<p>ab € 419</p> <p>ab € 449</p> <p>ab € 469</p> <p>ab € 639</p>
--	---

Bei diesen Angeboten handelt es sich um Top-Angebote. Zug zum Flug inklusive.
Leistungs-Angebote, 1999 bis 27.11.2003.

World of TUI

Unsere Hotline: 0681-84 12 40 Fax: 0681-84 12 424

Warum.....

.....hat das neben stehende Flugblatt in der Bezirksleiterbesprechung der LPD im Dezember zu Irritationen und bei dem einen oder anderen, der sich mit dem „Werk“ EDB voll Herzblut persönlich identifiziert, sogar zu Verärgerung geführt?

Möglicherweise ist mit dem Inhalt des Flugblattes die Botschaft verbunden worden, hier will ein Gewerkschaftsfunktionär vielleicht polemisch, provozierend und in Kampf-Deutsch das EDB Projekt kaputt schreiben bzw. machen oder gar zu Machtspielchen missbrauchen. Dies zu glauben wäre falsch, denn derartige Absichten bestanden und bestehen nicht.

Richtig ist vielmehr, dass der Autor des Flugblattes, der im Übrigen auch für diese Zeilen verantwortlich ist, einen doppelten Auftrag zu erfüllen hat. Er ist



Reinhold Schmitt

nämlich zum einen von den Mitgliedern der GdP in den Landesvorstand gewählt worden, um als Berufsvertreter zu agieren, und zum anderen von der überwältigenden Mehrheit der saarländischen Polizistinnen und Polizisten zum Personalvertreter in den Polizeihauptpersonalrat entsandt worden. Im Sinne dieser Mandate hat er gefälligst einen guten Job zu machen, insbesondere, wenn einerseits Kollegen wegen der Unterzeichnung der Probelaufvereinbarung durch den GdP dominierten PHPR der Gewerkschaft den Rücken kehren, weil das Handling des EDB alles andere als Anwender freundlich zu sein scheint und andererseits Hilferufe und Beschwerden vermehrt

die Personalräte erreichen, weil beispielsweise anstatt der angegebenen 40 Kürzel über 200 zur Auswahl stehen.

Richtig ist auch, dass gerade der PHPR schon seit Jahren den neuen Steuerungsmechanismen und dem Qualitätsmanagement positiv gegenüber steht und schließlich er es war, der den Vorschlag für diesen Probelauf unterbreitet hat, damit endlich alle Beschäftigten das testen können, wovon bisher nur in endlosen Diskussionen geredet werden konnte.

Richtig ist ebenso, dass im Rahmen der notwendigen Interessenvertretung die Sprache nicht Amtsdeutsch sein kann und darf, wenn denn die Anliegen der Beschäftigten deutlich vorgetragen werden sollen.

Und letztlich ist es eine Tatsache, also selbst das ist **richtig**, dass, wie aus der unten stehenden Dienstvereinbarung unschwer zu erkennen ist, der Polizeihauptpersonalrat jederzeit den Probelauf durch Kündigung stoppen kann, wenn dies denn im Sinne der Interessenvertretung der Beschäftigten begründet und geboten erscheint.

Es ist allerdings für die GdP und ihre Personalvertreter eine Selbstverständlichkeit, den Verantwortlichen, insbesondere den Administratoren, vorher die Chance zur Verbesserung des Systems, vor allem im Sinne der Anwenderfreundlichkeit, zu geben. Dies wird durch ständigen Informationsfluss über die Rückmeldungen der AnwenderInnen gewährleistet werden. Ein erster Meinungsaustausch mit dem Referat D5 des MfIS hat inzwischen bereits stattgefunden.

Zum Schluss noch eins zur Erinnerung: Eine der vier Zieldimensionen, die es im Rahmen des Qualitätsmanagements und der neuen Steuerungsmodelle zu verwirklichen gilt, lautet **Mitarbeiterzufriedenheit**. Bitte nicht vergessen!

Reinhold Schmitt

EeeDeeBee – Letzte Chance !!??

Nachdem die GdP-Kollegen Dieter Meissner, Vorsitzender HPR, Reinhold Schmitt, Vorsitzender PHPR, und der Leiter der Polizeiabteilung, LtD MR Viergutz, am 24. Oktober 2003 die Dienstvereinbarung unterzeichnet hatten, ging es los. Am 01. November ist - nach jahrelangem Hickhack um Hard- und Software und erheblichen Akzeptanzproblemen bei den Anwendern - eines der umstrittensten Projekte in der saarländischen Polizei in Form eines Probelaufes gestartet worden.

Das Elektronische Dienstbuch

Es muss nun im Praxistest zeigen, was es kann, und vor allem, was es der saarländischen Polizei in der Zukunft bringt!

Da der GdP und ihren Personalräten bereits in der Anlaufphase erhebliche Defizite in den bekannten und auch neuen Problemfeldern übermittelt worden sind, werden wir mit höchster Aufmerksamkeit diesen Test begleiten. Es gilt schon jetzt Alarmstufe „Gelb“!

Es ist erforderlich, dass uns und unseren Personalvertretern offen und umfangreich mitgeteilt wird, was funktioniert und was nicht. Was ist o.k., was muss verbessert werden? Vor allem ist bedeutsam zu wissen, ob die intensiven Informationsveranstaltungen zur Akzeptanzherstellung bei den Anwendern auch tatsächlich ihr Ziel erreicht haben. **Aktuelle Rückmeldungen deuten eigentlich auf das Gegenteil hin.**

Die GdP-Webseite im Internet und das Forum des Polizeihauptpersonalrates im Intranet bieten sich neben den bekannten Kontakten zur Diskussion besonders an.

Der vereinbarte Probelauf ist bis zum 31. Dezember 2006 vorgesehen. Erforderlichenfalls, z. B. wenn die Anwendung für Kolleginnen und Kollegen eine vermeidbare Belastung oder gar Zumutung sein sollte, kann durch die Personalräte auch vorzeitig die Reißleine in Form der Kündigung der Dienstvereinbarung gezogen werden.

Zurzeit muss allerdings für Gewerkschaft der Polizei und ihre Personalräte der Grundsatz gelten: Wir geben dem EDB eine Chance, aber es ist die letzte; also nutzen, sonst ist sie verspielt.
Mehr in Deutsche Polizei Januar 2004.

Wir bleiben mit und für euch am Ball, GdP - mittendrin!

Inhalt des GdP-Flugblattes vom 2. Dezember 2003

Dienstvereinbarung zwischen dem Ministerium für Inneres und Sport, dem Polizeihauptpersonalrat und dem Hauptpersonalrat beim Ministerium für Inneres und Sport zur probeweisen Einführung der produktbezogenen Erfassung der Dienstzeit mit dem Elektronischen Dienstbuch bei den Dienststellen der Landespolizeidirektion

Aufgrund der §§ 76, 78 Abs. 1 Nr. 9, 10 des Saarländischen Personalvertretungsgesetzes schließen das Ministerium für Inneres und Sport, der Polizeihauptpersonalrat und der Hauptpersonalrat beim Ministerium für Inneres und Sport zur probeweisen Einführung der produktbezogenen Erfassung der Dienstzeit mit dem Elektronischen Dienstbuch (EDB) bei den Dienststellen der Landespolizeidirektion folgende Dienstvereinbarung ab:

1. Beteiligte Dienststellen/Organisationseinheiten

Das EDB wird zunächst in folgenden Dienststellen/Organisationseinheiten der Landespolizeidirektion erprobt:

- Führungsstab der Landespolizeidirektion
- Polizeibezirksinspektionen und Polizeiinspektionen einschließlich Leitungen, Innendienst, Dienstgruppen im Wach- und Wechseldienst und – soweit vorhanden – Führungsgruppen, Kriminaldiensten, Polizeiposten, Dienstgruppen im Tagewechseldienst sowie Kontaktpolizistinnen und –polizisten
- Kriminalpolizeiinspektion einschließlich Leitung, Führungsgruppe und Kriminalkommissariaten
- Verkehrspolizeiinspektion einschließlich Leitung, Führungsgruppe, Verkehrsüberwachungsgruppen und Verkehrskommissariaten

Während des Probelaufes ist im gegenseitigen Einvernehmen die Ausdehnung auf andere Dienststellen/Organisationseinheiten der Landespolizeidirektion (insbesondere Einsatzhundertschaft, Diensthundestaffel, Wasserschutzpolizei) möglich.

2. Erfassung der Dienstzeit

Die Bediensteten (Beamte und Angestellte) der beteiligten Dienststellen/Organisationseinheiten erfassen ihre Tätigkeiten im Rahmen ihrer täglichen Arbeitszeit. Hierzu sind die im System enthaltenen Kürzel zu verwenden.

Die Daten können innerhalb eines Zeitraumes von 14 Tagen nachbearbeitet bzw. korrigiert werden.

3. Nutzung der erfassten Daten

Die Zusammenfassung und Auswertung der Zeitdaten darf nur in anonymisierter Form erfolgen.

Die Ergebnisse der Auswertungen (Berichtswesen) werden den betroffenen Dienststellen/Organisationseinheiten, dem Polizeihauptpersonalrat, dem Hauptpersonalrat, der Hauptschwerbehindertenvertretung und der Frauenbeauftragten der saarländischen Vollzugspolizei elektronisch und in Papierform zur Verfügung gestellt.

Blatt 2 der EDB-Dienstvereinbarung ist auf Seite 8 abgedruckt

Schulungsprogramm GdP Saar 2004							
Nr.:	Termin	Zielgruppe	Seminarinhalt	Ort	Anmeldeschluss	Teilnehmerzahl	Eigenanteil
1	09.02. - 13.02.2004	Mitglieder	Rhetorik - "Ich bin der Größte"	Kirkel	09.01.04	15	25,00 €
2	April 04	Junge Gruppe	"Drogen - Seminar"	Saarland	Aushang beachten	25	-
3	03.05. - 07.05.2004	Mitglieder	"Internet - Seminar"	Kirkel	01.04.04	15	25,00 €
4	03.05. - 05.05.2004	Tarifbeschäftigte	"Tarifrecht im Öffentlichen Dienst"	Bosen	01.04.04	15	-
5	23.06. - 25.06.2004	Senioren	Wie sicher ist unsere Altersversorgung ? (Versorgungsreformgesetz)	Bosen	15.05.04	15	-
6	25.08. - 27.08.2004	Senioren / Mitglieder	Wie bereite ich mich auf meinen baldigen Ruhestand vor? Woran muss ich danken?	Bosen	09.07.04	15	-
7	September 04	Frauengruppe	"Frauenpolitische Bildungsfahrt"	offen	Aushang beachten	25	-
8	13.10. - 15.10.2004	Vertrauensleute	"Rhetorik" - Argumentieren in der politischen u. ehrenamtlichen Praxis	Kirkel	10.09.04	15	-
9	November 04	Junge Gruppe	"Junge Gruppe Bildungsfahrt"	offen	Aushang beachten	25	-
10	22.11. - 26.11.2004	Mitglieder	"Streifbewältigung"	Kirkel	09.10.04	15	25,00 €
Kooperationsveranstaltung zwischen der Gewerkschaft der Polizei und der Katholischen Polizeiseelsorge							
11	Jan. - Dez. 2004	Gruppen / auf Anfrage	Tagesseminare	Bosen	-	10	-

Wegen bevorstehender Änderung des Saarländischen Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetzes (SWBG) bitte jeweils die Informationen zur aktuellen Rechtslage beachten! Infos auch unter www.gdp-saar.de (Aktuelle Seminare)

Auszug Saarbrücker Zeitung vom 27.11.2003

CDU schränkt Bildungsurlaub ein

SPD-Chef Maas wirft Landesregierung „Kniefall vor den Arbeitgebern“ vor – Union: Reform stärkt den Standort Saarland

Arbeitnehmer im Saarland haben künftig nur noch dann einen Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung, wenn sie dafür eigene arbeitsfreie Zeit einbringen. Das hat der Landtag gestern beschlossen.

- Von NORBERT FREUND -

Saarbrücken. Der Landtag hat nach einem heftigen Schlagabtausch zwischen den Fraktionen von CDU und SPD mit den Stimmen der Unionsmehrheit eine Änderung des saarländischen Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetzes verabschiedet. Danach können die Arbeitnehmer an der Saar ab dem 1. Januar 2004 zwar sechs Tage Bildungsurlaub im Jahr nehmen – einen Tag mehr als bisher. Zugleich sollen sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer allerdings Lasten und damit Kosten teilen: Drei Tage soll der Arbeitgeber künftig bezahlten Bildungsurlaub gewähren müssen, drei weitere Tage muss der Arbeitnehmer vom eigenen Zeitkonto einbringen, wenn er volle sechs Tage in Anspruch nehmen will.

An arbeitsfreier Zeit können die Beschäftigten nach dem neuen Gesetz auch unbezahlten Urlaub, Arbeitszeitkonten, tariflichen oder einzelvertraglichen Mehrurlaub, arbeitsfreie Arbeitstage und Freizeitausgleich aufgrund von Überstunden einbringen. Der gesetzliche Mindesturlaub soll somit unangetastet

bleiben. Auszubildende sollen entgegen den ursprünglichen Absichten der CDU nun doch nicht von der Inanspruchnahme einer Bildungsfreistellung ausgenommen werden. Auch sie müssen jedoch eigene arbeitsfreie Zeit einbringen. Der CDU-Abgeordnete Franz-Josef Berg verwies in der Debatte darauf, dass bisher nur etwas mehr als ein Prozent der saarländischen Arbeitnehmer von ihrem Recht auf bezahlte Bildungsfreistellung Gebrauch machten. Es sei daher geradezu „lächerlich“, wenn die SPD den Eindruck erwecke, das bisherige Gesetz sei ein „Segen“ für die Arbeitnehmer gewesen. Demgegenüber werde gerade die jetzige von der CDU initiierte Änderung

zu einer „größeren Akzeptanz und Inanspruchnahme des Weiterbildungsurlaubs“ führen. Zugleich beseitige die CDU-Mehrheit im Landtag damit einen wichtigen Standortnachteil des Saarlandes. „Sozial ist, was Arbeit schafft“, unterstrich Berg. Und wenn die Gesetzesänderung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führe, habe sie ihren Zweck erfüllt. Oppositionsführer Heiko Maas kommentierte die Aussage Bergs, die CDU strebe eine stärkere Inanspruchnahme des Weiterbildungsurlaubs an, mit den Worten: „Da lachen doch die Hühner!“ Tatsächlich komme das neue Gesetz einem „Kniefall vor den Arbeitgebern“ gleich. Die Folge werde „nicht mehr Wei-

terbildung, sondern weniger Weiterbildung“ sein. Den „wahren Leistungsträgern“ im Saarland, den Arbeitnehmern nämlich, tue die CDU mit dieser Neuregelung „keinen Gefallen“. Die Union rede zwar ständig von lebenslangem Lernen, doch handle sie nicht danach.

Maas hielt der CDU-Mehrheitsfraktion vor, einen „gesetzestechischen Murks“ produziert zu haben, der wohl auch noch die Arbeitsgerichte beschäftigen werde. Schließlich seien einige Begriffe im Gesetz wie der der „arbeitsfreien Zeit“ rechtlich nicht eindeutig geklärt. Der SPD-Fraktionschef verwies zudem darauf, dass bei weitem nicht jeder Arbeitnehmer überhaupt Überstunden mache oder Arbeitszeitkonten habe. Eine Vielzahl von Arbeitnehmern werde somit von der Bildungsfreistellung ausgeschlossen, weil sie gar nicht die Möglichkeit hätten, arbeitsfreie Tage einbringen zu können. Auch Auszubildende seien angesichts der im Gesetz verankerten Definition von „arbeitsfreier Zeit“ letztlich doch von der Inanspruchnahme einer Bildungsfreistellung ausgeschlossen. Dagegen geht der Hauptgeschäftsführer der Vereinigung der Saarländischen Unternehmensverbände (VSU), Heiko Jütte, davon aus, dass Azubis künftig in der Lage sein werden, Bildungsurlaub zu nehmen. Aus seiner Sicht sei es allerdings „schizophren“, Zeiten einer beruflichen Ausbildung für andere Weiterbildungsaktivitäten zu nutzen, so Jütte zur „SZ“.

Anspruch der Arbeitnehmer auf Weiterbildung

Im Übereinkommen 140 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über den bezahlten Bildungsurlaub von 1974 hat sich die Bundesrepublik zur Einführung von bezahltem Bildungsurlaub zum Zwecke der Berufsbildung, der allgemeinen und der politischen Bildung verpflichtet. In der Präambel des Übereinkommens wird ausgeführt, dass „die wissenschaftliche und technische Entwicklung und der Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen angemessene Vorkehrungen für einen Urlaub zu Bildungs- und Berufszwecken erfordert“. Bisher hat der Bund jedoch keine Initiative ergriffen, diese 1976 ratifizierte Selbstverpflichtung durch ein entsprechen-

des Bundesgesetz umzusetzen. Allerdings haben bisher zwölf Bundesländer Bildungsfreistellungsgesetze erlassen. In einem Urteil aus dem Jahr 1987 hat das Bundesverfassungsgericht geklärt, dass die den Arbeitgebern dabei auferlegten Freistellungs- und Fortzahlungspflichten durch Gründe des Gemeinwohls gerechtfertigt seien. Die Verantwortungsbeziehung der Arbeitgeber rechtfertige die Belastung mit den Kosten der Freistellung. Angesichts des beschleunigten technischen Wandels wird lebenslanges Lernen nach Ansicht des Gerichts zur Voraussetzung individueller Selbstbehauptung und gesellschaftlicher Anpassungsfähigkeit. nof

GdP mittendrin im Schlamassel

(Selbst)kritische Gedanken zur Redaktionsarbeit in/für *Deutsche Polizei*, von Hugo Müller

Es ist schon ein Kreuz. Alle 4 bis 5 Wochen naht das Monatsende, und damit auch der Redaktionsschluss *Deutsche Polizei*. Dies bedeutet vor allem für Charly Wannemacher und mich, zu überlegen und zu entscheiden, welche Themen in der nächsten Ausgabe im Landesteil aufgegriffen, wie sie im Layout präsentiert und mit welcher Botschaft sie formuliert werden. Nach der abschließenden Redaktionskonferenz muss Charly Stunden und Stunden aufwenden, um das Vereinbarung und/oder Geschriebene zu setzen, zu gestalten, selbst zu schreiben, zu überarbeiten, zu Viel Arbeit, gleichwohl: sie macht trotzdem Spaß. Und es stellt sich auch ein wenig Stolz ein, wenn am Ende der Arbeit ein Produkt entstanden ist, das sich -auch im bundesweiten Vergleich- sehen lassen kann.

Alles in Butter. Denkste.

Schon lange gibt es keine *Deutsche Polizei* Landesteil mehr ohne mehr oder weniger heftige Kritik. Das Anpacken heikler oder kritischer Themen, das pointierte Auseinandersetzen mit Problemstellungen, das Äußern von Verständnis für eine betroffene Gruppe, fast alles führt unmittelbar nach Postverteilung und Lektüre zu heftiger Kritik etwa solcher Gruppen oder Kollegen, die sich durch einen Artikel nicht „repräsentiert“, falsch verstanden oder gar angegriffen fühlen. Beispielhaft seien Artikel zu Themen wie Funktionsbewertung, EDB, Personalverteilung oder Leitstellen-Technik erwähnt.

Nicht selten wird sogar die Frage gestellt, ob „das dann noch meine Gewerkschaft“ ist.

Was ist zu tun? Natürlich mit den „Kritikern“ reden. Dass wir dabei auch selbst noch viel dazulernen, versteht sich von selbst.

Manchmal habe wir auch Grund, uns zu entschuldigen, weil wir erkennen müssen, dass wir überzogen haben. Manchmal gelingt es auch, Verständnis für eine kritische Linie zu erreichen. Ein gutes Beispiel für solche Reaktionen ist etwa der Bericht zur Personalsituation in der Novemberausgabe. Das Layout hinsichtlich der die Personalentwicklung in der KPI beschreibenden Säulendiagramme sorgte in dieser Dienststelle für große Betroffenheit. Es war gut, diesbezüglichen nachvollziehbaren Ärger und Unmut aufzunehmen, ausdiskutieren und damit die Dinge zu bereinigen. An anderer Stelle entstand ebenfalls Kritik, weil die Kollegen der Kriminaldienste, in dem Fall des KD NK, sich in diesem Artikel nicht repräsentiert sahen.

Wie auch immer: Ich halte viel davon, sich bisweilen im Grundsatz kritisch zu hinterfragen.

Wir müssen uns selbst fragen, ob Stil, Wortwahl, Diktion oder Layout der Erwartung des Lesers, also der Erwartung unserer Mitglieder entspricht. Es gilt dabei, die bisherige „Redaktions-Philosophie zur Disposition“ zu stellen.

Ich möchte Euch und Sie, also unsere Leser, nach der Meinung fragen.

Für uns ist es von großer Bedeutung, ob wir in Zukunft weiterhin eher eine kritische, pointierende, bisweilen überziehende und damit natürlich auch provozierende Redaktionsarbeit leisten sollen. Oder besteht die Erwartung vielmehr darin, sich auf Beschreiben, Dokumentieren, Berichterstaten usw. zu konzentrieren.

Wir wollen eine gute „Mitgliederzeitung“ produzieren.

Also: Sagt uns die Meinung!

KG NEUNKIRCHEN

Mitgliederversammlung und 50. Geburtstag

Mitgliederversammlung

Am 12.11.2003 fand in der Ostertal-Halle in Neunkirchen-Hangard die Jahresmitgliederversammlung 2003 statt.

Zunächst berichtete der KG-Vorsitzende Hartmuth Emmerich aus der Kreisgruppe, die derzeit über 227 Mitglieder/-innen (davon 77 Senioren) verfügt. Neben den üblichen sozialen Betreuungen, heraushebend hier die von zwei Kollegen der PI Illingen, die im Dienst bei einem Unfall verletzt wurden und länger ausfielen, wurden auch wieder Geschenke an verschiedene Organisationseinheiten des Bezirkes verteilt. Er erwähnte die Veränderung beim ÖPR, wo er zum Nachfolger des in den Ruhestand getretenen Günter Strähl gewählt

wurde. Auch beim Seniorenbetreuer wurde gewechselt. Für Rudi Bechtel übernimmt nun Jungpensionär Armin Jäckle diese Tätigkeit.

Ehrungen:

Geehrt wurden für 25 Jahre gewerkschaftliche Tätigkeit: **Günter Kremer, Markus Hans und Armin Jäckle**. Im Mittelpunkt der Sitzung stand der Vortrag von Hugo Müller. Einführend dankte er dem Vorstand der Kreisgruppe für die geleistete gute Arbeit, welche sich an der guten Mitgliederentwicklung bei der KG Neunkirchen ablesen lasse. Er musste zu seinem eigenen Bedauern seinem von einem Kreisgruppenmitglied scherzhaft verliehenen Namen „Horror-Hugo“

Rechnung tragen. Er konnte nur die bereits bekannten Verschlechterungen bei der Beihilfe sowie zum Versorgungsänderungsgesetz erläutern. Weitere Themen waren die Öffnungsklausel mit der „Roten Karte-Aktion“ an die Ministerpräsidenten sowie das Beförderungsbudget bzw. das nun neu vermeldete Haushaltsloch im saarländischen Haushalt.

Hartmuth Emmerich wurde 50

Am 28. November 2003 wurde Hartmuth Emmerich 50 Jahre alt. Seit seiner Einstellung in die saarländische Polizei (Oktober 1970) ist er GdP-Mitglied. Bereits 1978 gehörte er zunächst als Kassierer und später als stv. Vorsit-



Hartmuth Emmerich

zender dem Vorstand der KG Saarpfalz an. Seit 2001 ist er Vorsitzender der KG Neunkirchen und im April 2003 übernahm er als Nachfolger von Günter Strähl den Vorsitz im ÖPR des PB Neunkirchen.

Von uns noch die besten Wünsche zum „halben Jahrhundert“.

Personelle Veränderungen

Der GdP-Landeskassierer Jürgen Barth hat am Montag, dem 24.11.2003, alle gewerkschaftlichen und personalrätlichen Ämter niedergelegt.

Auszüge aus seinem Schreiben:

„Die Hoffnung, dass nach ersten – eher neutralen- Berichterstattungen in den Medien die Sache von dort aus nicht intensiv weiter verfolgt würde, war allerdings trügerisch. Ich möchte auf die Berichterstattung in der SZ vom 22.11.03 hinweisen. Auch wenn ich in persona mit den dort erhobenen Vorwürfen nichts zu tun habe, schädigt der Hinweis auf den Ursprung der neuerlichen Ermittlungen bei anderen öffentlich Bediensteten unter entsprechender Nennung meiner Funktion in der GdP mein persönliches Ansehen. Nach einem ausführlichen Gespräch mit dem Landesvorsitzenden, Hugo Müller, am 22.11.03 sowie weiteren reiflichen Überlegungen meinerseits bin ich zur Überzeugung gelangt, dass es - bei aller persönlichen Betroffenheit - nunmehr geboten ist, Entscheidungen zu treffen, die geeignet sind, möglicherweise entstehenden größeren Schaden auch für die GdP zu verhindern. Ich möchte dir und euch daher mitteilen, dass ich mit sofortiger Wirkung meine Funktionen in der Gewerkschaft der Polizei niederlege.“ **Und weiter:** „Lasst mich ganz deutlich sagen, dass mein Entschluss nichts mit einem etwaigen Schuldgeständnis zu tun hat und ausschließlich in der Idee begründet ist, weiteren Schaden von der GdP abzuwenden. Ich bedaure die eingetretenen Entwicklungen zutiefst und werde auch in Zukunft meiner GdP eng verbunden sein.“

Pornofilme auf dem Dienstcomputer

Saarbrücken (mju). Einem Kreis von mindestens sieben Angestellten und Beamten im Zuständigkeitsbereich des Saar-Innenministeriums drohen dienstrechtliche Ermittlungen. Der Grund: Sie sollen auf ihrem Dienstcomputer Pornos per E-Mail erhalten und abgespeichert haben. Diese Informationen unserer Zeitung bestätigte Innen-Staatssekretär Gerhard Müllenbach am Freitag auf Anfrage. Auf die Spur dieser Gruppe, zu der ein freigestelltes Personalratsmitglied gehört, kam die Kriminalpolizei. Da der Sachverhalt allerdings strafrechtlich nicht relevant ist, wurde nur der Dienstherr informiert. Im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen den Schatzmeister der Gewerkschaft der Polizei (GdP) war der Dienstcomputer eines Angestellten überprüft worden. Die Ermittler staunten nicht schlecht: Der größte Teil der Dateien hatte mit dienstlichen Aufgaben nichts am Hut. Es handelte sich um pornografische Kurzfilme und Nacktfotos, die verwaltungssintern an einen kleinen Kreis per Mail verschickt worden waren.

Auszug SZ vom 22.11.2003

Die notwendigen ersten Maßnahmen zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Weiterführung der Kassengeschäfte im Bereich der GdP und des Sozialwerkes sind getroffen, so dass es durch den Rücktritt von Jürgen Barth zu

keinerlei Störungen oder gar negativen Auswirkungen im Kassenwesen kommen wird. Die weiteren Schritte, insbesondere zur Schließung der eingetretenen Vakanz im Kassenbereich, werden im Frühjahr 2004 im Rahmen einer Beiratsitzung unternommen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei Jürgen Barth für die geleistete Arbeit in den



Jürgen Barth

vergangenen Jahren, die wesentlich mit dazu beigetragen hat, dass die GdP-Saarland sich zu einer finanz- und politisch starken Gewerkschaft entwickeln konnte.

ÖPR bei der LPD

In der Sitzung des ÖPR der LPD am 1.12.2003 standen personelle Veränderungen auf der Tagesordnung, da nach dem



Frank Dell

Rücktritt von Jürgen Barth die entstandene Lücke im ÖPR geschlossen werden musste.

Für Jürgen Barth rückt **Helmut Schuch** vom VK Bexbach als ordentliches Mitglied in der Gruppe der Beamten nach. In den Vorstand wurde **Frank Dell** von der VPI gewählt, für den auch eine Freistellung vom Dienst beantragt wird. Neuer Vorsitzender des ÖPR wurde der Kollege **Bruno Leinenbach**.



Bruno Leinenbach

KG LPD

Der Vorstand der Kreisgruppe hat sich in einer Sitzung auf eine zweistufige Regelung verständigt, um die durch den Rücktritt des KG-Vorsitzenden Jürgen Barth entstandene Vakanz zu händeln.

Bis zu einer noch zu terminierenden Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Landespolizeidirektion wird der bisherige stellv. Vorsitzende **Dieter Kuhn** das Amt des Kreisgruppenvorsitzenden fortführen.

In der im kommenden Frühjahr stattfindenden Mitgliederversammlung soll dann ein neuer Kreisgruppenvorstand gewählt werden.



Dieter Kuhn

Sportlerehrung

Ministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ehrte am 8. Dezember 2003 eine erfolgreiche Polizeisportlerin und sechs erfolgreiche Polizeisportler.

Für ihre Erfolge bei den Deutschen Polizeimeisterschaften der Schützen in Dachau im Juni 2003 wurde ausgezeichnet:

Sabrina Schmelzer, Schützenverein „Hubertus“ Herrensahr, zwei Bronzemedailen im Luftgewehrschießen und Kleinkaliber 3 x 20 Schuss. Für ihre Erfolge bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Ringen in Breitenbrunn/Sachsen im Oktober 2003 werden ausgezeichnet:

Jurij Kohl, KSV Köllerbach, Deutscher Polizeimeister im griechisch-römischen Stil in der Klasse bis 66 Kilo, vierter Titelgewinn in Folge

Jens Wagner, KG Hüttigweiler/Schiffweiler, Deutscher Meister im griechisch-römischen Stil in der Klasse bis 84 Kilo, dritter Titelgewinn in Folge

Dieter Bredy, KG Spiesen/

Elversberg/Dudweiler, Bronzemedaille im griechisch-römischen Stil in der Gewichtsklasse bis 84 Kilo.

Martin Pohl, KV 03 Riegelsberg, vierter Platz im griechisch-römischen Stil in der Klasse bis 74 Kilo, beachtlicher Platz nach zweijähriger Wettkampfpause. Für seinen Erfolg bei den Deutschen Polizeimeisterschaften in der Leichtathletik im August 2003 in Fulda wird ausgezeichnet:

Christof Mechenbier, Saar 05, vierter Platz im 3000 m Hindernislauf, Sieger in der Polizeiwertung beim 9. Saar-Lor-Lux-Lauf.

Für seinen Erfolg bei den Deutschen Polizeimeisterschaften im Ju-Jutsu-Wettkampf im August 2003 in Mainz-Kastel wird ausgezeichnet :

Björn Siebler, Ju-Jutsu Verein St. Wendel, Bronzemedaille in der Klasse bis 94 Kilo.

Deutsche Polizei gratuliert der Kollegin und den Kollegen recht herzlich zu ihren Erfolgen.

TURNIER

2. KPI-Fußball-Cup 2003



Am 28. November 2003 fand der 2. KPI-Fußball-Cup in der Saarbrücker Joachim-Deckarm-Halle statt. 7 Mannschaften hatten sich gemeldet und kämpften um die 3 Pokale. Gewinner war der Kriminaldauerdienst, vor K 1 und KK Neunkirchen.

GdP-Vorsitzender Hugo Müller überreichte den GdP-Pokal an den dritten Sieger, die Mannschaft vom KK Neunkirchen. Für die Veranstalter hatte er auch etwas im Gepäck, nämlich ein Fass Bier.

JUNGE GRUPPE

Brief an Ministerin



TERMIN

Neujahrsempfang 2004

Die Kreisgruppen Bundesgrenzschutz, Landeskriminalamt, Saarbrücken Land und Saarbrücken Stadt laden zum Neujahrsempfang 2004 alle Mitglieder, ihre Freunde und Bekannten herzlich ein.

Termin: 9. Januar 2004, 18:00 Uhr

Örtlichkeit: Bürgerhaus Burbach

Da gehen wir hin! Da geh ich hin! Ein unterhaltsames Programm, eine tolle Tombola und gewisse Überraschungen warten auf Euch. Eingebunden in die Veranstaltung sind natürlich Ehrungen für die langjährige Treue zur Gewerkschaft. Auch der lukullische Part ist in der bekannten Art und Weise von unserem Polizeikochteam in Vorbereitung.

Wir sehen uns beim Neujahrsempfang 2004 der GdP.

Leserbrief zum Bericht Landesjournal Ausgabe 11/03 : Dienststellenbereisung der Ministerin für Inneres und Sport

Personalnot bleibt !! - Kriminaldienste bleiben auf der Strecke !!

Wie schrieb der Reporter Jungmann im abgedruckten Bericht der SZ ? - "Der Notfall bei der Saar Polizei ist erkannt" Schön, dass dies endlich von Seiten der Politik und Polizeiführung erkannt worden sein soll !!. Doch ist es wirklich so und wurden zu mindest alle dringend anstehenden Personalprobleme erkannt ? Graphisch schön aufbereitet wurden in dem vorliegenden Bericht die Personalentwicklungen der notleidenden Wach-, Wechsel- und Verkehrsdienste, sowie die der hauptsächlich auf Kosten der PBI's ausreichend ausgestattete KPI, dargestellt.

Was aber ist mit den landesweit angesiedelten Kriminaldiensten, bei denen über 90 % der anfallenden Kriminalität bearbeitet wird?

Landauf - Landab wurde durch die Reform der Reform die Personalsituation so verschlechtert, dass an eine normale Vorgangsbearbeitung kaum noch zu denken ist.

So hat sich die Mitarbeiterzahl bei annähernd gleichem Aufgabenzuschnitt z.B. beim KD Neunkirchen seit den Anfangszeiten um etwa 1/3 reduziert, wobei in einigen Arbeitsbereichen, etwa dem Eigentumsbereich, gar nur noch 50 % der Kräfte zur Verfügung stehen. Das bedeutet, dass sich die zeitgleiche Vorgangsbelastung pro Sachbearbeiter von anfangs 20 - 40 Vorgänge zwischenzeitlich auf ständige 60 - 100 Vorgänge eingependelt hat. An einesinnvolle und erfolgsversprechende Ermittlungstätigkeit ist in Anbetracht dieser Flut von Vorgängen nicht mehr zu denken. Kaum ein Sachbearbeiter hat noch Übersicht über die in der Dipol-Liste aufgeführten Vorgänge oder kann diese innerhalb irgend einer Bearbeitungsfrist bearbeiten. An das Chaos bei anfallenden

Sofortsachen gar nicht zu denken. Dass dabei die zur Verfügung stehende Zeit für die eigentliche Vorgangsbearbeitung durch ständige Sonderdienste wie Hausbereitschaft, Mittagsdienst, Castor - oder Fußballereinsatz auf 2/3 verkürzt wird und dabei monatlich eine Vielzahl von regelmäßig Überstunden anfallen, soll dabei nicht unerwähnt bleiben. Eine vernünftige Freizeit- oder Urlaubsplanung ist auch unter den Gesichtspunkten des Altersdurchschnittes und des Krankenstandes bei den Kriminaldiensten ungeheuer schwer.

Überdies wagt kaum noch ein Kollege Urlaub zu nehmen, da er ja weiß, dass ihm während seiner Abwesenheit täglich neue unbearbeitete Vorgänge zugewiesen werden, die er dann nach Urlaubsende, aufarbeiten muss. Auf eine Frage bezüglich dieser Misere wurde von Landespolizeidirektor Haben bei der Dienstbereisung der Ministerin für Inneres und Sport lediglich lapidar mitgeteilt, dass dieses Problem derzeit nicht anstehe und überdies eine Kommission die Personalstärke festgesetzt habe.

Hier muss man sich jedoch die Frage stellen, was das mal wieder für eine Kommission war und wie diese besetzt wurde. Ob dabei auch Kollegen waren, denen die Probleme und Nöte der Sachbearbeiter bekannt sind ?

Lösungen sind jedenfalls nicht in Sicht und es scheint sich auch niemand dafür zu interessieren. Aber was soll's, machen wir in der schönen heilen Welt so weiter, als wäre nichts geschehen.

Klaus Kretschmer, KD Neunkirchen

EDB

Die Daten dienen der Optimierung der Führung und Steuerung der Gesamtorganisation bzw. einzelner Organisationseinheiten sowie der Qualitätsverbesserung polizeilicher Leistungsprozesse.

4. Probelauf

Die probeweise Einführung des EDB beginnt am 1. November 2003 und endet mit Ablauf des 31. Dezember 2005.

Während des Probelaufes sind im gegenseitigen Einvernehmen Weiterentwicklungen der Software sowie Veränderungen in der Datennutzung möglich. Die Landespolizeidirektion informiert Polizeihauptpersonalrat, Hauptpersonalrat, Hauptschwerbehindertenvertretung und Frauenbeauftragte der saarländischen Vollzugspolizei rechtzeitig über geplante Veränderungen in diesen Bereichen.

Sobald dem Ministerium für Inneres und Sport, der Landespolizeidirektion, dem Polizeihauptpersonalrat oder dem Hauptpersonalrat Umstände bekannt werden, die eine Einhaltung der Dienstvereinbarung beeinträchtigen oder gefährden, besteht eine gegenseitige Mitteilungs- und Informationspflicht.

Die Vertragsparteien verpflichten sich, rechtzeitig vor dem vereinbarten Ende des Probelaufes, möglichst nach Vorlage des 2. Quartalsberichtes 2005, unter Hinzuziehung der Hauptschwerbehindertenvertretung und der Frauenbeauftragten der saarländischen Vollzugspolizei Gespräche zur weiteren Verfahrensweise hinsichtlich des EDB aufzunehmen.

5. Kündigungsklausel

Die Dienstvereinbarung kann von jedem der Vertragsschließenden schriftlich mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten gekündigt werden.

Saarbrücken, den 24. Oktober 2003

Für das Ministerium für Inneres und Sport

Für den Polizeihauptpersonalrat

Für den Hauptpersonalrat

Klaus Viergutz

Reinhold Schmitt

Dieter Meissner

Seite 2 der EDB-Dienstvereinbarung



Junge Gruppe Schifreizeit Kronplatz /Südtirol 24.01.2004 - 31.01.2004



Mit der Jungen Gruppe der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Saarland, zum Schifahren an den Kronplatz nach Südtirol.

UNSER ANGEBOT

7 Tage Halbpension Übernachtung in Doppelzimmern im Hotel Kronplatz in Kiems (8 km von Kronplatz entfernt), Sechsbettgeschlossene Super Deluxe, Schilobesetzung, Busfahrt nach und von Kiems mit modernem Reisebus, 2 Skiaufzüge in der Dolomiten. Und noch ein paar Überraschungen mehr.

SKIGEBIET KRONPLATZ (131 - 2.275 m)

Verleihen moderne Kabinenschleper, acht Sessellifte sowie acht Schlepplifte führen von der Seilbahn auf die bereits meist besuchte Spitze des Kronplatz (3000 m) stets bestens präparierte Pisten, davon können bis zu 80 km beschneit werden. Von Kiems führen die schönsten Anflüge bis zu Abfahrten, die nach Könnern Respekt verdienen, nicht das Preisangebot.

HOTEL KRONPLATZ **** Familienbetrieb mit 60 DZ und 8 EZ. Moderne Gastküche im Tiroler Stil. Viel Wert wird auf das Essen gelegt. Ganz neu die großzügig gestaltete Saunastube mit Saunabereich auf dem Erlebnis-Hilfswald.

Freie GFP-Mitglieder 590,00 € Nichtmitglieder 670,00 € Anpreislerpreis: Hannes Seiler 9055 1800 9081 962 2042 E-Mail: hotel@kronplatz.de

